

Auszug aus dem Protokoll des Regierungsrates des Kantons Zürich

KR-Nr. 437/2004

Sitzung vom 30. März 2005

473. Postulat (Schaffung vollschulischer Angebote für zukunftsweisende Berufe)

Kantonsrat Ralf Margreiter sowie die Kantonsrätinnen Prof. Katharina Prelicz-Huber und Heidi Bucher-Steinegger, Zürich, haben am 6. Dezember 2004 folgendes Postulat eingereicht:

Der Regierungsrat wird ersucht, für die Schaffung von mehr vollschulischen Angeboten inklusive Praktikumsmöglichkeiten für zukunftsweisende Berufe im Kanton Zürich besorgt zu sein. Zu prüfen sind hierbei die Bereiche Handels- und Fachmittelschulen sowie öffentliche Lehrwerkstätten.

Begründung:

Seit Jahren laufen Bemühungen, dem Lehrstellenmarkt neue Impulse zu verleihen und neue duale Angebote zu schaffen. Auf Bundesebene stand vor eineinhalb Jahren die Lehrstellen-Initiative «lipa» zur Abstimmung. Bundesrat, Parlament und Wirtschaft versprochen, die Probleme selbst zu lösen – ohne «lipa». Die Mehrheit der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger glaubte ihnen. Doch seither fanden in der Wirtschaft im Vergleich zum objektiven Bedarf nur geringfügige Verbesserungen statt, die der gestiegenen Nachfrage nicht gerecht werden.

Weil die Versprechungen nicht eingehalten wurden, sind als Reaktion auf dieses Marktversagen zusätzliche öffentliche Bildungsangebote mit klarem Bildungsauftrag bereitzustellen. Auf Grund der demografischen Entwicklung (starke Zunahme der Lernenden bis mindestens 2008: allein für die Berufsbildung geht das Bundesamt für Statistik von jährlich plus 5–11% aus) müssen nur schon für die Aufrechterhaltung des unerfreulichen Status quo im Kanton Zürich jährlich schätzungsweise rund 1000 neue Ausbildungsplätze geschaffen werden.

In diesem Zusammenhang ist zu prüfen, wie bei den Handelsmittelschulen sowie bei den ab 2006 startenden Fachmittelschulen ein Mehrangebot realisiert werden kann. Es ist insbesondere nicht einzusehen, weshalb angesichts des eklatanten Mangels an Ausbildungsplätzen die per 2006 angekündigte Umwandlung der Diplommittelschule in die Fachmittelschule nur auf die bisherige Zahl der Schülerinnen und Schüler von 500 ausgelegt werden soll; eine Erhöhung ist hier mehr als nur wünschenswert.

In anderen Bereichen ist die Förderung und Schaffung von Lehrwerkstätten – durch den Kanton sowie in Zusammenarbeit mit Privaten – zu prüfen. Dies gilt insbesondere für zukunftsweisende Branchen, die zum Beispiel wegen mangelnder Ausbildungstradition zu wenig junge Berufsleute ausbilden, sowie für die Integration von sozial Schwächeren. Das Vorurteil, vollschulische Angebote würden nicht arbeitsmarktgerecht ausbilden, lässt sich angesichts der jüngsten Entwicklungen nicht mehr halten: Die Jugendarbeitslosigkeit in der Deutschschweiz ist trotz hohem Anteil an dualen, marktnahen Berufsausbildungen fast ebenso hoch wie in der französischsprachigen Schweiz mit ihrem viel höheren Anteil an vollschulischen Angeboten.

Auf Antrag der Bildungsdirektion

beschliesst der Regierungsrat:

I. Zum Postulat Ralf Margreiter, Prof. Katharina Prelicz-Huber und Heidi Bucher-Steinegger, Zürich, wird wie folgt Stellung genommen:

Neben der ordentlichen dualen Berufsbildung und den Gymnasien weist der Kanton Zürich ein breit ausgebautes Angebot von schulischer Bildung auf:

a) Handelsmittelschulen

1995 wurde der vom Erziehungsrat beschlossene Ausbildungstypus der Handelsmittelschule (HMS) vorerst als Versuch eingeführt. Die HMS-Ausbildung dauert im Anschluss an die zweite Klasse der Sekundarschule vier Jahre. Auf den schulischen Teil von drei Jahren folgt ein einjähriges Praktikum in einem Betrieb. 2001 beschloss der Bildungsrat, bis zum Vorliegen des neuen Berufsbildungsgesetzes und der Umsetzung der Reform kaufmännischer Grundbildung die HMS vorerst unverändert weiterzuführen. Die HMS wird an den Standorten der Kantonschulen Hottingen, Enge und Büelrain angeboten. Die Zahl der Lernenden betrug in den letzten Jahren durchschnittlich rund 370 Schülerinnen und Schüler.

Im Berufsbildungsgesetz vom 13. Dezember 2002 (BBG; SR 412.10) sind die Handelsmittelschulen in Art. 16 als Lernort für die Vermittlung der beruflichen Grundbildung erwähnt. Das Bundesamt für Berufsbildung und Technologie (BBT) strebt eine Ausrichtung der HMS-Ausbildung an das Reglement «Kaufrau/Kaufmann» an. In diesem Zusammenhang werden in einem eidgenössischen Pilotversuch mit Beteiligung der HMS Enge verschiedene Varianten geprüft. Eine mögliche Weiterentwicklung der HMS besteht z. B. darin, dass die Lernenden im neunten Schuljahr ein Basisjahr absolvieren. Danach folgt im zehnten Schuljahr der Abschluss von drei Fächern gemäss Berufsmaturitätsverordnung. Im elften Schuljahr absolvieren die Lernenden ein einjäh-

riges Praktikum. Anschliessend erfolgen die Abschlussprüfungen, wobei die Lernenden das eidgenössische Fähigkeitszeugnis «Kauffrau/Kaufmann» (EFZ) und die eidgenössische Berufsmaturität (BMS) erwerben. Die Einführung der BBT-kompatiblen HMS ist auf das Schuljahr 2007 geplant. Bevor die endgültige Ausgestaltung der neuen HMS-Ausbildung geklärt ist, ist eine Ausweitung des Angebotes nicht angezeigt.

b). Diplom- bzw. Fachmittelschulen

Gegenwärtig besuchen rund 540 Schülerinnen und Schüler die Diplommittelschule an den Standorten der Kantonsschulen Birch und Rychenberg. Im Juni 2003 hat die Schweizerische Erziehungsdirektoren-Konferenz (EDK) beschlossen, die bisherigen Diplommittelschulen (DMS) durch Fachmittelschulen (FMS) zu ersetzen. Das Mittelschul- und Berufsbildungsamt ist zurzeit damit befasst, im Rahmen des Projektes «Fachmittelschulen im Kanton Zürich» die Profile der künftigen Fachmittelschule zu erarbeiten, um den Entscheid vorzubereiten, ob und in welchen Berufsfeldern die Einführung einer FMS bzw. die Umwandlung der bestehenden DMS in eine FMS angezeigt ist. Geprüft werden die Profile Gesundheit, Naturwissenschaften, Musik und Theater, Kommunikation und Pädagogik. DMS und FMS schliessen an die dritte Sekundarschule an und führen in einer dreijährigen Ausbildung zum Diplom oder u. U. zum «Fachmittelschulabschluss». Sie ermöglichen den Zugang zu den Höheren Fachschulen. Absolventinnen und Absolventen der Fachmittelschulen, die anschliessend noch die «Fachmaturität» erwerben, sollen zu bestimmten Fachhochschulstudiengängen zugelassen werden. Es ist vorgesehen, über die neuen Profile der Fachmittelschule noch vor den Sommerferien eine Vernehmlassung zu eröffnen.

Das Projekt «Fachmittelschulen» im Kanton Zürich hatte im Rahmen der Sanierungsmassnahmen 2004 die Auflage zu erfüllen, eine im Vergleich zu den Diplommittelschulen kostengünstigere Ausbildung zu konzipieren. Im Rahmen des Projektes ist es gelungen, die finanziellen Vorgaben umzusetzen. Das setzt aber voraus, dass die Schülerzahlen konstant bleiben.

c) Informatikmittelschule

Mit Beschluss vom 19. Januar 2000 stimmte der Regierungsrat der versuchsweisen Einführung eines Informatikmittelschul-Lehrganges an der Handelsmittelschule der Kantonsschule Bülrain auf Beginn des Schuljahres 2000/01 zu. Am 16. Januar 2001 bewilligte der Bildungsrat die Einführung eines IMS-Lehrganges an den Kantonsschulen Enge und Hottingen.

Die Informatikmittelschule (IMS) ist eine schulisch gestützte Berufsbildung nach eidgenössischem Berufsbildungsgesetz, die einer Mittelschule angegliedert ist. Die Lernenden schliessen ihre Berufsbildung nach drei Jahren schulischer Bildung sowie einem Jahr berufspraktischer Bildung mit einem eidgenössischen Fähigkeitszeugnis als Informatikerin oder Informatiker und der eidgenössischen Berufsmaturität (BMS) kaufmännischer Richtung ab. Die Informatikmittelschule bietet eine Allgemeinbildung, die sich an den Lehrplan der HMS anlehnt. Die Informatikgrundbildung richtet sich nach der Bildungsverordnung Informatiker/innen vom 1. Januar 2005. Die Informatikfachausbildung wird ab Schuljahr 2005/06 von der Gewerblich-Industriellen Berufsschule Winterthur und dem Bildungszentrum Zürichsee übernommen werden. Das Praktikum im vierten Ausbildungsjahr absolvieren die Lernenden in einem Betrieb. Am 14. April 2004 hat der Regierungsrat beschlossen, die Einführungsphase der Informatikmittelschule an den Kantonsschulen Büelrain, Hottingen und Enge um drei Klassenzüge mit Schulbeginn 2005, 2006 und 2007 zu verlängern. Knapp 150 Lernende besuchen gegenwärtig die IMS.

d) Lehrwerkstätten

Der Kanton Zürich führt neben den staatlichen Berufsfachschulen zwei staatliche Lehrwerkstätten: die Lehrwerkstatt für Möbelschreiner der Baugewerblichen Berufsschule Zürich sowie die Lehrateliers für Damenschneiderinnen an der Berufs- und Fortbildungsschule Winterthur. Die Lehrwerkstatt für Möbelschreiner vermittelt in einer vierjährigen Berufslehre insgesamt 42 Jugendlichen und jungen Erwachsenen eine zeitgemässe Ausbildung zur Möbelschreinerin bzw. zum Möbelschreiner. In den Lehrateliers der Berufs- und Fortbildungsschule Winterthur werden 40 mehrheitlich junge Frauen in drei Lehrateliers zu Bekleidungsgestalterinnen Fachrichtung Damenbekleidung ausgebildet. Die Berufslehre dauert drei Jahre. Zu den beitragsberechtigten Berufsfachschulen mit Lehrwerkstätten gehören insbesondere die «msw winterthur» und die «modeco». Die msw winterthur ist eine Lehrwerkstätte für technische Berufe, die von der Stadt Winterthur getragen wird. Insgesamt 207 Lernende werden während vier Jahren in den Berufen Anlage- und Apparatebauer/in, Automater/in, Elektroniker/in, Informatiker/in und Polymechaniker/in ausgebildet. Die modeco, Schweizerische Fachschule für Mode und Gestaltung, führt wie die Berufs- und Fortbildungsschule Winterthur Lehrateliers zur Bekleidungsgestalter/in Fachrichtung Damenbekleidung. Insgesamt werden 86 Jugendliche und junge Erwachsene in den Lehrateliers der modeco unterrichtet.

Diesem Angebot an schulischer Ausbildung und Lehrwerkstätten kommt zwar vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Lehrstellenknappheit eine wichtige Bedeutung zu. Angesichts der schwierigen finanziellen Lage des Kantons fällt jedoch ein Ausbau dieses Angebotes ausser Betracht. Im Rahmen der weiteren Sparmassnahmen (MH 06), die einen Abbau staatlicher Leistungen zur Folge haben, steht vielmehr eine Verringerung der finanziellen Mittel in diesen Bereichen zur Diskussion.

Aus diesen Gründen beantragt der Regierungsrat dem Kantonsrat, das Postulat KR-Nr. 437/2004 nicht zu überweisen.

II. Mitteilung an die Mitglieder des Kantonsrates und des Regierungsrates sowie an die Bildungsdirektion.

Vor dem Regierungsrat

Der Staatsschreiber:

Husi